

In der Krise Orientierung geben: Soziale Marktwirtschaft verteidigen – Bürger entlasten – Beschäftigung sichern!

Liberales 15-Punkte-Handlungsprogramm für Arbeit, Wachstum und Innovation zur Bewältigung der Konjunktur- und Finanzmarktkrise

Aus der Krise der Finanzmärkte ist längst eine tiefgreifende Krise der deutschen Wirtschaft geworden: Unternehmen beklagen rückläufige Auftragseingänge, die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit steigt, die Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert.

Die Maßnahmen der Großen Koalition zeigen dagegen noch keine belebende Wirkung – weder bei der konjunkturellen Entwicklung noch bei der Stimmung in unserem Land. Die FDP hat dies befürchtet: Die Konjunkturpakete der Bundesregierung folgen keinem klaren Konzept und setzen falsche Schwerpunkte. Die Große Koalition beschädigt mit immer neuen Verstößen gegen die jahrzehntelang erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft das Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung.

Dringend erforderlich ist stattdessen ein Impuls für neues Wachstum durch strukturelle Maßnahmen, die schnell in Kraft treten, Vertrauen in eine wertorientierte politische Führung schaffen und dauerhafte Entlastungswirkung haben. Deshalb beschreibt die nordrhein-westfälische FDP nachfolgend 15 Punkte für Wachstum, Innovation und Beschäftigung, die wir in Bund und Ländern umsetzen wollen:

1. Die FDP gibt das Ziel der **nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen** auch in Krisenzeiten nicht auf. Angesichts der undisziplinierten Haushaltspolitik des Bundes der letzten Jahre und angesichts der noch zusätzlichen, gewaltigen Ausgaben für Konjunkturprogramme und Bankenrettungspaket darf es nicht zu einem endgültigen Dammbbruch kommen, der auch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und damit die Geldwertstabilität gefährden würde. Die Föderalismuskommission II ist nur einen ersten Schritt weg vom Schuldenstaat gegangen. Wir fordern deshalb einen **nationalen Entschuldungsplan mit dem Ziel eines prinzipiellen Neuverschuldungsverbots** für Bund, Länder und Gemeinden.
2. Die FDP bekräftigt ihre Überzeugung, dass eine spürbare **Entlastung der Steuerzahler** das beste Konjunkturprogramm und nach Jahren der Steuererhöhungen nur fair wäre: Erst wenn Bürger und Unternehmen davon überzeugt sind, dass sie nicht nur befristet von Bürokratie, Abgaben und Steuern entlastet werden, kehrt ihr Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung und damit ihre Bereitschaft zu Konsum und Investitionen zurück. Eine solche Steuererleichterung entspricht auch zutiefst dem Selbstverständnis der Liberalen: Wir wollen nicht den bevormundenden Staat, der - wie nun zu sehen ist - Kommunen wie Bürger zu Mitnahmeeffekten ermuntert, sondern einen Staat, der den Menschen vertraut und ihnen die Entscheidung überlässt, wie sie mit ihrem Geld umgehen.

Andere Staaten haben dies erkannt: Beispielsweise die **Große Koalition in Österreich** hat unter Führung der Sozialdemokraten die Einkommensteuer in Höhe von mehr als 1 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts reduziert: Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland würde dies einer Nettoentlastung von über 24 Milliarden Euro entsprechen! In Deutschland fordert die SPD dagegen mit klassenkämpferischer Rhetorik weitere Steuererhöhungen für Leistungsträger der Gesellschaft. Sie will das Steuerrecht durch weitere Ausnahme- und Einzelfallregelungen verkomplizieren. Die CDU verfügt über kein Konzept. Die CSU spricht sich außerhalb der Parlamente für Steuersenkungen aus, hat aber in der jüngsten Vergangenheit allen Steuererhöhungen in den Parlamenten zugestimmt.

Für die FDP ist eine spürbare Entlastung der Steuerzahler als Wachstumsimpuls und als Ausdruck einer neuen Balance von Staat und privat unverzichtbar – und deshalb eine **Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung im Bund**. Als steuerpolitisches Sofortprogramm nach der Bundestagswahl könnten beispielsweise Teile unseres Modells einer großen Steuerstrukturreform 10-25-35 Prozent vorgezogen oder der für den Aufbau Ost nicht mehr erforderliche Solidaritätszuschlag abgeschafft werden.

3. Die FDP wird die krisenverschärfenden Elemente der **Unternehmenssteuerreform** der Großen Koalition umgehend korrigieren: die Substanzbesteuerung durch die auf Mieten, Zinsen und Pachten ausgeweitete der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer; die Zinsschranke, die die Unternehmensfinanzierung in Krisenzeiten dramatisch verteuert; der wegfallende Verlustvortrag beim Mantelkauf, der Sanierungen von

62. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 25. April 2009 in Bielefeld

verlustträchtigen Betrieben und die Wachstumsfinanzierung innovativer Unternehmen durch neue Investoren erschwert. Die FDP fordert ferner ein forschungsfreundliches **Private-Equity-Gesetz**.

4. Die FDP lehnt das **Enteignungsgesetz der Großen Koalition** ab. Es beschädigt den Eigentumsschutz des Grundgesetzes und die Investitionssicherheit in unserem Land. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte bereits aufgezeigt, dass sich die Interessen des Steuerzahlers bei der Sanierung der Hypo Real Estate ohne diesen eklatanten Eingriff in die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft hätten verteidigen lassen, etwa durch die Möglichkeiten der Kapitalerhöhung oder durch Maßnahmen im Rahmen des Insolvenzrechts.
5. Die FDP lehnt jede Form **staatlicher Kapitalbeteiligung an Privatunternehmen** – wie sie gegenwärtig beispielsweise mit Blick auf OPEL diskutiert werden – ab. Politiker und Beamte sind nicht die besseren Unternehmer. Erkauft werden mit dem Geld der Steuerzahler lediglich Wettbewerbsverzerrungen, die Arbeitsplätze in gesunden Unternehmen gefährden und volkswirtschaftlich erforderliche Kapazitätsanpassungen verzögern. Dies hat beispielsweise die Staatsintervention bei der früheren Philipp Holzmann AG gezeigt. Das Instrument der Staatsbürgschaft ist ausreichend.
6. Investitionen in innovative Produkte und Verfahren sind gegenwärtig wichtiger denn je. Jetzt werden die Voraussetzungen für den zukünftigen Erfolg von Unternehmen gelegt. Die FDP begrüßt deshalb, dass das Innovationsministerium in Nordrhein-Westfalen mittelständische Unternehmen bis 2012 **mit insgesamt 32 Millionen Euro** bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben unterstützt. Zu diesem Mittelstandspaket gehören vergünstigte Darlehen, Innovationsgutscheine für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die Förderung von Innovationsassistenten.

Die FDP fordert darüber hinaus die **verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Investitionen in Innovationen**. Gerade die Innovationskraft der kleinen und mittelständischen Unternehmen könnte durch eine unbürokratische steuerliche Förderung erheblich gesteigert werden. Die FDP sieht in einer steuerlichen Forschungsförderung einen geeigneten Weg zu einer weiteren Stärkung der FuE-Aktivitäten der Wirtschaft. Hierfür sind Regelungen zu finden, wie etwa die steuerliche Sonderabschreibung, die mit dem Ziel eines einfachen, gerechten Steuersystems vereinbar sind.

7. Die gegenwärtige Finanzkrise beruht auf Regulierungsversagen sowie in einem daraus folgenden, zeitweiligen Versagen des Finanzmarktes. Wir brauchen kein anderes Wirtschaftssystem, sondern eine **neue Finanzmarktordnung mit wirksamen Regeln und effizienter Aufsicht**. Deshalb fordert die FDP unter anderem:
 - die Aufgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der Deutschen Bundesbank zuzuordnen, um eine kompetente, durchsetzungsfähige und politisch **unabhängige Aufsichtsbehörde zu schaffen**;
 - eine Weiterentwicklung der **Corporate Governance** durch das Entscheidungsrecht der Aktionäre in der Hauptversammlung über die Vorstandsvergütung, durch eine zivilrechtliche Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften für vorsätzliche oder grob fahrlässige Falschinformationen, durch kleinere Aufsichtsräte von maximal 12 Mitgliedern, durch eine Mindestwartefrist von drei Jahren für ehemalige Vorstandsvorsitzende beim Wechsel zum Aufsichtsratsvorsitzenden desselben börsennotierten Unternehmens sowie die Begrenzung auf höchstens fünf Aufsichtsratsmandate pro Person;
 - die Vorlage von **zwei unabhängigen Ratings** für jedes Finanzmarktprodukt, die von von der Finanzdienstleistungsaufsicht anerkannten Agenturen erstellt worden sein müssen; diese Agenturen müssen ihr Beratungsgeschäft vom Ratinggeschäft auch eigentumsrechtlich trennen;
 - **höhere Quoten bei der Eigenkapitalunterlegung von Krediten**, um den Prinzipien der kaufmännischen Vorsicht wieder Geltung verschaffen, sowie ein Einbehalt bei der Verbriefung von Forderungen;
 - die Regeln der **Bilanzierung nach dem Verkehrswertprinzip im Bereich des Finanzmarkts sorgfältig zu überprüfen**, damit kurzfristige Wertschwankungen in Zeiten extremer Marktstörungen nicht alleiniges Bewertungskriterium bleiben;
 - auf europäischer Ebene für international tätige Banken eine **europäische Bankenaufsicht**, die bei

62. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 25. April 2009 in Bielefeld

der EZB angesiedelt werden sollte;

- das deutsche Landesbankensystem neu zu ordnen. Gerade die akute Krise der Landesbanken hat gezeigt, dass Großbanken in Staatsbesitz gewaltige Risiken für die Steuerzahler bedeuten; die **WestLB AG ist zu privatisieren** und der Landesanteil an der Bank schnellstmöglich zu veräußern.
 - in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wie auch in die entsprechende europäische Fusionskontrollverordnung eine Prüfung aufzunehmen und einen Unternehmenszusammenschluss oder eine Übernahme ggf. zu untersagen, falls dadurch ein Unternehmen von systemischer Größe entsteht oder eine bereits bestehende systemische Bedeutung verstärkt wird.
8. Die FDP will den bürokratischen und ineffizienten **Gesundheitsfonds** zugunsten kassenindividueller Lösungen aufgeben. Der Weg in die Einheitsversicherung unter Ausschaltung des Wettbewerbs zwischen den Kassen wirkt Kosten treibend und ist falsch.
 9. Die FDP ist **gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen**. Sie führen zu einer Verdrängung von Arbeitsplätzen und einer Abwanderung in die Schwarzarbeit. Negativ betroffen wären in erster Linie Langzeitarbeitslose und gering qualifizierte Jugendliche. Wir setzen stattdessen auf unser **Bürgergeldmodell**, das Bezieher niedriger Marktlöhne unterstützt und ihnen ein Mindesteinkommen sichert.
 10. Die FDP fordert mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort im Sinne von **betrieblichen Bündnissen für Arbeit**. Dort, wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch vom Tarifvertrag abgewichen werden können. Günstiger in diesem Sinne können auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit sein, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden und der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter zugestimmt haben.
 11. Die FDP will das vor allem für den Mittelstand komplizierte **Kündigungsschutzgesetz** beschäftigungsfreundlicher gestalten. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Der Kündigungsschutz gegen willkürliche Kündigungen bleibt uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer bestehen. Für den Fall der betriebsbedingten Kündigung sollen die Arbeitnehmer bereits bei Vertragsschluss eine Abfindung beziehungsweise den Anspruch auf eine Weiterbildung vereinbaren können.
 12. Die FDP will die **kommunalen Jobcenter** für die Vermittlung, Qualifizierung und soziale Betreuung der Langzeitarbeitslosen sowie eventuelle sozialrechtliche Sanktionen zuständig machen, weil vor Ort besser den individuellen Voraussetzungen und den örtlichen Gegebenheiten Rechnung getragen werden kann.
 13. Die FDP begrüßt und unterstützt Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Berufskollegs, die Auszubildenden im Falle einer Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebs eine Fortsetzung und einen Abschluss ihrer Ausbildung ermöglichen.
 14. Für Nordrhein-Westfalen stehen aus dem **Konjunkturpaket II** von Bund und Ländern 2,84 Milliarden Euro zur Verfügung. Die FDP unterstützt, dass davon 464 Millionen Euro für dringend notwendige Investitionen in unsere Hochschulen reserviert werden. Wir begrüßen, dass das Innenministerium die restlichen Mittel den Kommunen zur freien und eigenverantwortlichen Verwendung bereitstellt. Mit einer Quote kommunalbezogener Investitionen von fast 84 Prozent ist Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Bundesländer. Wir appellieren an die Kommunen, diese Gelder für sinnvolle Investitionen in die Zukunftsreiche Bildung, Betreuung und Innovation zu verwenden.

Die FDP will aber vor allem die für die Volkswirtschaft entscheidende private Investitionstätigkeit durch ausstehende politische Rahmenentscheidungen und weiter gestraffte Verfahren im **Planungsbeschleunigungsgesetz** anregen: Allein durch das seit 2005 angekündigte Flughafenkonzept des Bundes und die Absicherung der Interessen unserer nationalen Energiewirtschaft auf europäischer Ebene ließen sich private Investitionen stimulieren, deren Volumen deutlich die öffentliche Investitionen im Rahmen des Konjunkturpakets II übersteigen würden.

15. Die FDP spricht sich für eine **Verkürzung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand** aus. Dadurch fließt ein zweistelliger Milliardenbetrag früher in die Wirtschaft, um die angespannte Liquiditätslage der

62. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 25. April 2009 in Bielefeld

Seite 4

Beschluss L-09-2-02

mittelständischen Unternehmen zu entspannen.